Nr. 82a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
15. Februar 1903

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Die in Aussicht gestellte Vorlage über die kaufmännischen Schiedsgerichte ist in der Presse im großen ganzen gut aufgenommen worden. Die Gewerbegerichte haben sich vorzüglich bewährt. Wenn das Proportionalwahlsystem eingeführt wird, braucht man die Befürchtung nicht mehr zu hegen, daß die Sozialdemokratie allein herrschen wird; diese Gefahr besteht schon an und für sich nicht, weil die Handlungsgehilfen von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Zwischen den ordentlichen und den Gewerbegerichten besteht der große Unterschied, daß diese sich hauptsächlich mit Lohnstreitigkeiten zu befassen haben. Die gelehrten Richter werden mir ohne weiteres zugeben, daß in dieser Frage der Laienrichter besser Bescheid weiß. Die Gewerbegerichte haben nicht nur gelernt, ein richtiges Urteil zu fällen, sondern vor allem — worauf ich sehr viel Gewicht lege — auch sehr viel gelernt in der Beurteilung der allgemeinen gewerblichen Verhältnisse überhaupt. Die Gewerbegerichte und die ihnen angeschlossenen Einigungsämter haben eine sehr segensreiche Tätigkeit entwickelt. Die Sozialdemokraten predigen, wenigstens zum größten Teile, heute nicht mehr den Kampf gegen das Unternehmertum bis aufs Messer, sondern haben eingesehen, daß es eine Einigung zwischen Arbeiter und Unternehmer gibt zu beiderseitigem Nutzen. Die Sozialdemokraten hängen an keinem Gesetz mit so viel Liebe wie an der Gewerbeordnung; in den Gewerbegerichten haben sie gelernt, die praktische Tätigkeit in den Vordergrund zu stellen, wenn sie auch vorher nur Agitatoren waren. Ich vermisse in dem Entwurf, daß an die Kaufmannsgerichte nicht das Einigungsamt angeschlossen werden soll. Glaubt die Regierung, daß Streitigkeiten bei den Handlungsgehilfen ausgeschlossen sind? (Der Redner bespricht die durch die Presse bekannte Vorlage in ihren Einzelbestimmungen durch und knüpft kritische Betrachtungen daran an.)

Abg. Dr. **Hauptmann** (Ctr.):

tritt für Köln ein und bittet die Justizverwaltung, von kleinen Orten, die sich um den Sitz einer Gerichtsbehörde bewerben, keine Zuwendungen anzunehmen; große Städte brächten keine Leistungen auf.

Justizminister Dr. **Schönstedt:**

Das Angebot von Zugeständnissen kann niemals die Justizverwaltung veranlassen, den Sitz eines Gerichts an einen anderen Ort zu verlegen, als der Dienst es verlangt. Auch die großen Städte leisten Beihilfen, Berlin, Charlottenburg, Schöneberg stellen zum Beispiel Bauplätze.

Abg. **v. Oynern** (natl.)

polemisiert gegen die Abgg. Hauptmann und Trimborn.

Abg. Dr. **Krieger** (fr. Vp.):

Ich möchte die Forderung, daß den Beamten Einsicht in die Personalakten gegeben werden sollte, aufs wärmste befürworten. Man muß unterscheiden zwischen den Attesten der Vorgesetzten über die Leistungsfähigkeit des Beamten — die gehen den Beamten natürlich nichts an — und den Bemerkungen über das private Verhalten und das politische Verhalten eines Beamten. Diese können ihm sein ganzes Leben hindurch schaden. Ich kenne einen Fall, wo ein Beamter nicht vorwärts kommen konnte; er erfuhr später davon, daß in seinem Personalakten eine Bemerkung über eine von ihm angeführte Majestätsbeleidigung enthalten war, und konnte im Wege der Beleidigungsklage die Haltlosigkeit dieser Beschuldigung nachweisen. Dieser Mann ist später als Oberbürgermeister von Königsberg und Berlin bestätigt worden. Dann möchte ich den Minister auf die Zustände des Königsberger Justizgebäudes aufmerksam machen.

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.)

bringt Klagen über Gerichtstage und Gerichtsgebäude in der Provinz Hessen-Nassau vor.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.)

verteidigt den Abg. Trimborn gegen die Angriffe des Abg. v. Oynern.

Abg. **Radyl** (Ctr.)

bittet um Berücksichtigung der Konfession bei der Auswahl der Dolmetscher.

Abg. **Stychel** (Pole)

bringt eine Reihe Beschwerden der polnischen Bevölkerung über die Gerichte und die Beamten vor. Auch bei den Richtern mache sich die politische Suggestion in der Rechtsprechung fühlbar.

Justizminister Dr. **Schönstedt:**

Bei der ersten Etatsberatung hat der Abg. v. Jazdzewski ausdrücklich gesagt, daß das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Richter noch nicht geschwunden sei. Wenn in der letzten Zeit die Strafen gegen die Polen schärfer ausgefallen sind, so liegt das nur daran, daß die Polen jetzt den Kampf selbst schärfer führen, aber nicht an einer geschwundenen Unparteilichkeit der Richter. Das ist nur die Anpassung des Richters an die ihm im Einzelfall unterbreiteten Tatsachen. Es ist unrecht, einen Schluß auf die Objektivität der Richter daraus herzuleiten.

Abg. **Gördeler** (freik.):

Die Richter behandeln die Polen nicht rigoros. Die deutsche Sprache ist die Gerichtssprache, und wenn der Klient deutsch sprechen kann, so ist es besser, er kann mit dem Richter direkt, ohne Dolmetscher verhandeln. Die Polen haben kein Vertrauen zu unserer Justiz, die überall, im Osten und im Westen, unparteiisch sind. Richtern, die überall, im Osten und im Westen, unparteiisch sind. (Beifall.) Die Richter sind über solche Vorwürfe, die ihre Unparteilichkeit bezweifeln, erhaben. Die Richter wechseln doch auch ihre Ansichten und fällen oft nach fünf Jahren andere Urteile als vor fünf Jahren (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Peltasohn** (fr. Vg.):

Ich hoffe, daß die Polen unseren Richtern ihr Vertrauen nicht entziehen werden.

Abg. **Stychel** (Pole):

Meine Ansichten sind nicht geändert worden.

Abg. **Gördeler** (freik.):

Die Richter lassen sich nicht beeinflussen, von keiner Seite. (Beifall.)

Der Titel „Ministergehalt" wird, nachdem sich kein Redner mehr zum Wort gemeldet hat, genehmigt; ebenso die übrigen Titel des Kapitels „Ministerium" debattelos. Die Beratung geht zu dem Kapitel „Oberlandesgerichte" weiter. Bei Titel 5 tritt

Abg. **Gördeler** (freik.)

für eine Besserstellung der Rechnungsrevisoren ein.

Das Kapitel wird bewilligt. Die Erörterung geht zu dem Kapitel „Landgerichte und Amtsgerichte" über.

Abg. **v. Savigny** (Ctr.)

tritt für die Herstellung von Dienstwohnungen für die Richter an den kleinen Amtsgerichten ein, die vielfach mit Rücksicht auf die Wohnungsfrage um ihre Versetzung nachsuchen; das längere Verweilen der Richter an einem Orte sei aber im Interesse der Rechtsprechung unerläßlich. Der Minister möge auf diese Verhältnisse bei der Errichtung neuer Amtsgerichte und Herstellung neuer Gebäude von vornherein Rücksicht nehmen.

Abg. **Schmitz** (Ctr.):

Die Vorsitzenden der Strafkammern der Schöffengerichte bedürfen eines besonderen Taktgefühls im Verkehr mit den Angeklagten. Dieses Taktgefühl wird im allgemeinen auch gewahrt. In Hamm ist ein hochangesehener Großindustrieller gezwungen worden, dort Platz zu nehmen, wo sonst auch die schweren Verbrecher Platz nehmen müssen. Ich habe mich in Berlin überzeugt, daß diese Uebung auch hier besteht. Am Rhein sind wir der Ansicht, daß der Angeklagte neben seinen Verteidiger gehört und nicht in den abgegrenzten Platz für Verbrecher.

Justizminister **Schönstedt:**

Es bestehen allerdings in der Handhabung dieser Angelegenheit verschiedene Uebungen, wir wollen aber nicht eingreifen, weil das Sache des Vorsitzenden ist und seinem Takte und seiner Beurteilung der gegebenen Verhältnisse überlassen bleiben muß.

Abg. **v. Christen** (freik.)

bittet um den Neubau eines Amtsgerichts in Schwege.

Justizminister Dr. **Schönstedt:**

Es besteht die Absicht, für diesen Neubau zu sorgen, es sind auch Schritte getan, und eine Skizze ist bereits angefertigt. Es werden Verhandlungen mit der Finanzverwaltung stattfinden.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.):

Ich habe bereits im vorigen Jahre auf den Richtermangel in Berlin hingewiesen. Beim Kammergericht, Landgericht und Amtsgericht ist ein Mangel an Richtern vorhanden. Wir Richter müssen zu leiden, ohne zu klagen, aber keine Amtsgericht I ist der Mangel unerträglich; hier fungieren 12 Assessoren als Hilfsrichter, aber jeder Assessor hat zur Erleichterung von 7 bis 8 Richtern zu arbeiten, das ist zu wenig Hilfe. 2250 Prozesse hat ein Richter im Jahr zu erledigen, das ist eine unverhältnismäßige Arbeitslast. Wenn solch ein Richter auch den Zehnfachtendentag hätte, wie zufrieden wäre er! Wenn wirklich Raummangel vorhanden ist, so muß Abhilfe geschaffen werden. Vor der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches, also zu einer Zeit, wo es der Richter viel leichter hatte als heute, galten 1500 Civilprozeßsachen als Maximum; man rechnete damit, daß diese Zahl allenfalls auf 1800 gesteigert werden könnte. Jetzt ist das neue Gesetz dazu gekommen, und die Richter sollen lernen wie die jungen Studenten, und man würde ihnen noch 2150 Civilprozeßsachen dazu auf. Mit den Hilfsrichtern ist garnicht auszukommen. Das hält auf die Dauer kein Mensch aus.

Justizminister Dr. **Schönstedt:**

Der Richtermangel ist anerkannt; daß die Richter die Arbeitslast tragen, ist diesen hoch anzurechnen. Die Richterzahl des Amtsgerichts I, das einen Präsidenten und 154 Richter zählt, ist seit Jahren nicht erhöht worden. Bis 1901 gab es nur 4 Hilfsrichter; 1901 kam die außerordentliche Geschäftsvermehrung, die die Zuweisung einer größeren Anzahl Hilfsrichter erforderlich machte; von diesen werden zwei etatsmäßig. Im übrigen muß abgewartet werden, ob die Geschäftsvermehrung dauernd ist. Ueber 1800 Prozeßsachen gehen wir nicht hinaus, der Herr mit den 2150 Civilprozeßsachen ist offenbar ein Unikum beim Amtsgericht; von hier aus läßt sich bei einem solch umfangreichen Gericht nicht eingreifen, die zunächst vorgesetzte Behörde muß die Mittel und Wege zur Abhilfung finden.

Abg. Frhr. **v. Buddenbrock** (kons.)

befürwortet die Besserstellung der im Kanzleidienst beschäftigten Militäranwärter. Die jetzt vorgesehene Vermehrung der etatsmäßigen Kanzlistenstellen bedeute nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Besonders unglücklich liegen die Verhältnisse der Krankenkasse der Kanzlisten. Wenn ein Kanzlist 14 Tage krank sei, so gingen die beiden Sonntage und die drei ersten Tage ab, so daß nur neun Tage übrig bleiben; für den Tag erhalte er 1,30 Mark Krankengeld, zusammen also 11,70 Mark; er müsse aber für ein ärztliches Attest 4 bis 5 Mark zahlen.

Geheimer Justizrat **Fritze:**

Die Angaben der Kanzlisten stimmen nicht in allen Punkten. Zwischen der Justizverwaltung und der Finanzverwaltung sind jetzt neue Grundsätze für den Uebertritt der Kanzlisten in etatsmäßige Stellen aufgestellt, die wesentlich günstiger sind als die alten. Im nächsten Jahre wird die Zahl der etatsmäßigen Kanzlistenstellen weiter vermehrt werden. Die Frage der Krankenversicherung ist festgelegt durch das Staatsministerium, hier kann die Justizverwaltung nicht einseitig vorgehen.

Abg. **Bachmann** (natl.):

Die Mehrkosten, welche durch die Anstellung einer großen Anzahl von Kanzlisten erwachsen, sind, wenn auch die wirklichen Mehrausgaben etwas höher sein mögen als die im Etat ausgeworfenen, doch nicht von einer so großen Bedeutung, daß nicht das Bedürfnis nach Vermehrung der Kanzlistenstellen hätte voll befriedigt werden können. Im übrigen werden die Pensionen, welche von den Justizkanzleibeamten dem Hause eingereicht sind, Gelegenheit geben, über deren Verhältnisse und über die Vermehrung der Stellen näheres zu sprechen.

Abg. **Krause**-Waldenburg (freik.):

Ich schließe mich den Wünschen des Abg. v. Buddenbrock an, die dahin gehen, durch eine Vermehrung der Kanzlistenstellen den Militäranwärtern, welche 10 Jahre und mehr warten müssen, eine schnellere Anstellung zu ermöglichen. Die Ausführung des Regierungskommissars haben wir zwar mit Freuden begrüßt, sind jedoch der Ansicht, daß schon in den diesjährigen Etat die ganze Zahl der notwendig werdenden Kanzlistenstellen auftritt der Hälfte hätte eingestellt werden sollen, und daß es ferner nötig ist, auch bei Amtsgerichten mit 6 Richtern, statt mit 8, einen Kanzlisten anzustellen. Die Kosten sind nicht so hoch, wie der Regierungskommissar ausgeführt hat, denn es fällt der Schreiblohn des einen Kanzleigehilfen bei Anstellung eines Kanzlisten weg, sodaß die Mehrbelastung des Etats nur besteht in der Differenz zwischen dem Lohn des Kanzleigehilfen und dem Gehalt des Kanzlisten. Wir ersuchen deshalb die königliche Staatsregierung dringend, durch eine Vermehrung der Kanzlistenstellen sowohl dem praktischen Bedürfnis der Justizbehörden als auch den berechtigten Wünschen der Militäranwärter entgegenzukommen.

Abg. Freiherr **v. Wintzken** (kons.):

Bei einigen Gerichten herrscht die Praxis, daß die Aspiranten für Kanzlistenstellen in den einzelnen Zweigen der Gerichtsschreiberei zur Vorbereitung für das Examen beschäftigt werden; andere und die meisten Gerichte beurlauben die Aspiranten und zwingen diese, Stellvertreter zu stellen. Was das heißt bei 2000 Mark Gehalt, können Sie sich denken.

Geheimer Justizrat **Fritze:**

Für die Gerichtsschreiber und Gerichtsschreibergehilfen bestehen verschiedene Anstellungsvorschriften und Prüfungsbedingungen. Wenn ein Mann als Gerichtsschreibergehilfe angestellt ist, ist es eine Bedarf, zu diesem Zwecke muß er eine Prüfung ablegen. Um den Militäranwärtern nun entgegenzukommen, ist es Mitte der achtziger Jahre bereits für zulässig erklärt worden, diese Aspiranten im Vorbereitungsdienst bei der Gerichtsschreiberei zu beschäftigen. Die Gehaltssätze der Kanzlisten sind im einzelnen viel höher, als der Etat erkennen läßt, der nur die Durchschnittssätze angibt; der Etat ist stets ein Kompromiß.

Abg. **Wilkebrand** (Ctr.)

tritt für die Interessen der Kanzlisten ein und befürwortet die Erhöhung des Mindestlohnes der Kanzleigehilfen.

Geheimer Justizrat **Fritze:**

Der Kanzleihilfsbeamte, der den Mindestgehaltsfall bezieht, ist noch Stücklohnarbeiter, das Mindesteinkommen garantiert ihm einen bestimmten Stücklohn. Im Etat ist eine Durchschnittsberechnung eingestellt. Eine Erhöhung könnte nur eintreten, wenn eine Erhöhung ihrer Leistungen eintreten würden, das wird aber kaum der Abg. Wilkebrand wollen. Im nächsten Jahre hoffen wir, dem Hause nähere Mitteilungen über die Gehaltsverhältnisse der Kanzleihilfsbeamten, wie sie sich jetzt gestalten, machen zu können. Es sind Erhebungen im Gange.

Geheimrat **Halle:**

Bei der Bezahlung der Kanzleigehilfen macht der Staat keinesweges ein Geschäft; mit dem 10 Pfennig-Seitenlohn ist die Bezahlung der Kanzleigehilfen noch nicht erschöpft, denn es kommen die sachlichen Ausgaben und die Pensionen dazu.

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Mit der Schaffung etatsmäßiger Stellen für die Kanzlisten muß es schneller gehen. Das Höchstgehalt dieser Beamten ist auch nicht zu reichlich bemessen. Der Seitenlohn konnte ruhig um 15—20 Prozent erhöht werden, dann könnte das Arbeitspensum auf 32 Seiten wieder herabgesetzt werden, wie es war. Nur einzelne Beamte sind in der Lage, ein paar Seiten mehr zu schreiben.

Geheimrat **Halle:**

Die Justizverwaltung hat den Kanzlisten in den letzten Jahren so viel Entgegenkommen erwiesen, daß man das doch anerkennen sollte. Das Arbeitspensum bei der Justiz ist geringer als bei der Verwaltung; dort etwa 3600, hier über 4000 Silben.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.):

Wir sind seit Jahrzehnten für die Kanzlisten eingetreten, und ich hoffe, daß endlich etwas daraus wird.

Der Staat läßt sich auch nicht nur die baren Auslagen zahlen, sondern nimmt etwas mehr, da kann er auch etwas mehr den Kanzlisten zahlen.

Der Abg. Jürgensen (natl.) beantragt Schluß der Besprechung, der gegen die Freisinnigen angenommen wird.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Goldschmidt und Schmidt-Warburg.

Darauf vertagt sich das Haus.

Präsident **v. Kröcher:**

Ich schlage vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen: 1. Rest der heutigen Tagesordnung, 2. Entwurf der Gebührenordnung für die Medizinalbeamten, 3. Entwurf des Ausführungsgesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

Abg. **Schmidt**-Warburg (zur Geschäftsordnung):

Ich bitte, mit dem Etat weiter fortzufahren. Wenn die Anträge aus dem Hause zurücktreten müssen, so müssen auch die anderen Entwürfe zurücktreten. Was den einen recht ist, ist dem anderen billig. Die Schuld trägt die Regierung, die uns so spät einberufen hat.

Präsident **v. Kröcher:**

Ich habe mich auch dagegen gesträubt, aber der Kultusminister ließ uns sagen, es wäre klar, wenn die Gesetzentwürfe bis zur zweiten Lesung zurückgestellt würden, so würde überhaupt nichts daraus werden; sie müßten jetzt einer Kommission überwiesen werden.

Abg. **Goldschmidt:**

Ich halte den Vorschlag des Herrn Präsidenten für durchaus angebracht. Wir sind jetzt nicht darauf eingerichtet, daß am Montag der Etat für Handel und Gewerbe kommt.

Abg. Graf **Limburg**-Stirum:

Auch ich bitte, es bei dem Vorschlag des Herrn Präsidenten zu belassen. An den langsamen Fortschritten der Etatsberatungen sind wir durch unsere ausgiebigen Debatten selbst schuld. (Sehr richtig!)

Abg. **Fritzen** (Ctr.):

Das Gesetz über die Gebührenordnung ist sehr wichtig. Es muß jetzt behandelt werden. Aus diesem Grunde stimme ich dem Herrn Präsidenten zu.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Dieser Gesetzentwurf bedarf einer eingehenden kommissarischen Beratung und muß deshalb jetzt behandelt werden.

Abg. **Schmidt**-Warburg:

Ich ziehe unter diesen Umständen meinen Widerspruch zurück, hoffe aber, daß auch die Anträge aus dem Hause rechtzeitig auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Präsident **v. Kröcher:**

Die Tagesordnung für die folgende Sitzung wird stets am vorhergehenden Sitzungstag festgesetzt. (Heiterkeit.) Gegen die heutige Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag

259. Sitzung vom 14. Februar, 1 Uhr

Am Tisch des Bundesrats: Graf Posadowsky.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt bei den Ausgaben des Etats des Ministeriums des Innern, Titel „Behalt des Staatssekretärs" mit den sechs dazu eingebrachten Resolutionen.

Abg. **Peus** (soz.):

In der Tat haben sich im Reichstag unhaltbare Zustände herausgestellt, die auf die Diätenlosigkeit zurückzuführen sind; das wird wohl auch die Regierung erkannt haben. Blätter der freisinnigen Volkspartei haben nun allerdings wenig Anlaß, auf die Leere des Hauses hinzuweisen, denn von dieser Partei waren gestern nur drei Mitglieder hier anwesend. Freilich, wer das gestrige Konglomerat der Rede des Abg. Ahlwardt nicht anhörte, hat nichts versäumt. Der Abg. Ahlwardt hat die einkaufen wirtschaftlichen Vorgänge nicht erfaßt, und das in seiner Rede enthaltene Mischmasch ist ein würdiges Programm des Gemisches von Parteien, die bei den Wahlen den Kampf gegen die Sozialdemokraten führen werden. Dem Grafen Bülow erwidere ich, daß die rote Farbe wohl immer erlaubt sein wird. Wir haben das Recht auf republikanische Gesinnung, und dieses Recht muß geachtet werden. Die Monarchie ist nicht willkürlich Gemachtes, sondern die notwendige Krönung des Klassenstaates. Keine Partei will die Dinge im Reiche so lassen, wie sie sind, alle wollen ändern. Auf das Wie kommt es dabei gar nicht an. Beinus gibt es Freiheit, wie entwickeln uns von Jahr zu Jahr; das ist ein Beweis unserer Kraft. Der Staatssekretär meinte, unsere deutschen Schulen könnten nicht schlecht sein, da mein Fraktionsgenosse Albrecht von Auguren gesprochen habe, obwohl er nur eine Volksschule besucht habe. Das hat mein Freund Albrecht aber nicht in der Volksschule gelernt, sondern in der politischen Schule, die er durchgemacht hat. Wenn die Reichen nicht die Arbeit der Arbeiter haben, so können diese sich keine Genüsse verschaffen. Also die Arbeit allein ist ausschlaggebend. Dabei schließen wir die geistige Arbeit nicht aus, denn wir sind keine Partei der Handarbeiter. Gewiß sind einige Reiche in unserer Partei, bei den meisten aber ist Schmalhans Küchenmeister. Den Abg. Stöcker verweise ich auf das Matthäus-Evangelium 6, 19. (Heiterkeit.) — Ich habe mich sonst nicht so sehr mit Theologie befaßt, sondern den Spruch nur für heute aufgesucht. (Heiterkeit.) — Dort heißt es: Ihr sollt Euch nicht Schätze sammeln, die die Motten und der Rost fressen, da die Diebe nach graben und stehlen. (Heiterkeit.) Herr Stöcker ist durchaus kein armer Mann. Er besitzt sogar ein großes Bauerngut. Solange er das hat, soll er auch von meinen Parteigenossen, die Besitz haben, nicht verlangen, daß sie ihn verteilen. An einer Stelle desselben Evangeliums ist von den Pharisäern, das sind die das Volk ... Hofprediger (Heiterkeit) und den Rabbis, das sind die Oberhofprediger, die Rede. Es heißt da von ihnen, sie wollten immer obenan sitzen. Das ist auch heute noch so. Ich bin kein Christ, ich bin Demokrat. (Zuruf des Abgeordneten Lenzmann (fr. Vp.): Das hat mit dem Christentum doch nichts zu tun, ich bin doch auch Demokrat!) Das ist der rechte Demokrat! (Heiterkeit.) Herr Stöcker ist ja jetzt nicht mehr Hofprediger, dazu kann er aber selbst nichts. Herr Stöcker will den christlichen Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit geben, den sozialdemokratischen aber nicht. Ist das gleiche Behandlung? Wer in den bürgerlichen Parteien sich als Arbeiterfreund erweist,